

APUG - Newsletter Nr. 10, 12. Januar 2007

Newsletter der Geschäftsstelle des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG)

Neuigkeiten zu Umwelt und Gesundheit

1) UMWELT- UND GESUNDHEITSPOLITISCHE NACHRICHTEN

- Bürgervotum zu "Nano"-Produkten
- Siegel für allergikerfreundliche Produkte
- Strahlung als Krebsursache besser erforschen und wirksamer bekämpfen
- Medizinische Strahlenbelastung reduzieren
- Einzelne Lebensmittel aus Asien sind unzulässig bestrahlt
- Fleisch, Milch und Eier kaum mit kritischen Rückstandsmengen belastet
- Überdurchschnittlich viele Störfälle im Jahr 2004 registriert
- Deutschland muss sich auf den Klimawandel einstellen
- Feinstaubreduzierung bei Kleinf Feuerungsanlagen - Projektvorschläge gesucht
- "Dicke Luft im Klassenraum" - Feinstaub in Schulen
- Hamburg: Kinder vor Kippen schützen

Hinweis: Unter <http://www.apug.de/presse/pm-behoerden06.htm> sind die Pressemitteilungen der am Aktionsprogramm beteiligten Behörden zu umwelt- und gesundheitspolitischen Nachrichten verfügbar.

2) FORSCHUNGSBERICHTE

- "Elektrosensibilität": ein rein psychologischer Effekt?
- Studie über die Information der Bevölkerung im Bereich Mobilfunk
- Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk - Aktueller Stand der Diskussion
- Ergebnisse der weltweit größten Uranbergarbeiterstudie veröffentlicht
- Umweltbedingte Kontaktallergien
- Internationaler Kongress zu Umweltgefahren für Kinder
- Innovative Umweltpolitik macht Sozialpolitik dauerhaft erfolgreich
- Englische Ausgabe von "Daten zur Umwelt 2005" erschienen
- Auswirkungen von Feinstaub und Verkehrsbelastungen auf die Gesundheit von Frauen
- Dokumentation des Workshops "Verkehrsbedingte Feinstäube in der Stadt", 2005 in Leipzig

- APUG-Projekt zur nachhaltigen Mobilitätserziehung
- Münchner APUG: Abschlussberichte liegen vor

3) INTERNATIONALES

- WHO-Handbuch: "Kinder vor Gefahren schützen"
- WHO-Bericht: "Health, Hazards and Public Debate"
- WHO fordert weltweite Verbesserung der Luftqualität
- "Urban Ecosystem Europe Report"

4) BROSCHÜREN UND INFORMATIONSMATERIALIEN

- Der neue UMID ist erschienen
- Luftqualität und Gesundheit: Leitfaden nennt Ansprechpartner in ganz Europa

5) INTERNETSEITEN

- "Spazieren gehen in Deutschland" - 100 Spaziergänge aus allen Bundesländern

6) TERMINE / VERANSTALTUNGEN

- 3. Präventionskongress des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung, 23. Januar 2007, Berlin
- 1. Zukunftsforum "Umweltgerechtigkeit", 01. Februar 2006, Bad Honnef
- Fortbildungsveranstaltung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, 19.-21. März 2007, Berlin

7) IMPRESSUM

1) UMWELT- UND GESUNDHEITSPOLITISCHE NACHRICHTEN

Bürgervotum zu "Nano"-Produkten

Am 20. November 2006 präsentierten die 16 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger der "Verbraucherkonferenz Nanotechnologie" ihr Votum der Öffentlichkeit. Darin fordern sie eine verständliche Kennzeichnung, klare Definitionen und Standards für den Einsatz der Nanotechnologie in Lebensmitteln, Kosmetika und Textilien sowie mehr Forschung zu potenziellen Risiken. Die Verbraucherkonferenz führten das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) sowie das Institut für

Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) durch.

<http://www.bfr.bund.de/cms5w/sixcms/detail.php/8594>

<http://www.bfr.bund.de/cd/8551>

Siegel für allergikerfreundliche Produkte

Die Europäische Stiftung für Allergieforschung (ECARF) an der Charité - Universitätsmedizin Berlin erleichtert mit ihrem "ECARF-Qualitätssiegel für allergikerfreundliche Produkte und Dienstleistungen" die Auswahl bei Nahrungsmitteln, Produkten und Dienstleistungen. Das Siegel steht für geprüfte Qualität beim Allergenmanagement eines Herstellers oder Dienstleisters mit dem Ziel, unbeabsichtigt vorhandene Inhaltsstoffe zu verringern sowie Allergenkontakte zu vermeiden. Im Internet können alle bereits zertifizierten Produkte und Dienstleistungen nachgeschaut werden.

<http://idw-online.de/pages/de/news181582>

www.allergy-foundation.info

Strahlung als Krebsursache besser erforschen und wirksamer bekämpfen

Gemeinsam mit der Deutschen Krebshilfe lud das Bundesumweltministerium in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Strahlenschutz und der Strahlenschutzkommission am 14. November 2006 zur Tagung "Krebs und Strahlung - schützen wir (uns) richtig?" nach Hamburg ein. Fachleute und interessierte Bürgerinnen und Bürger informierten sich über den neuesten Stand des Risikomanagements beim Strahlenschutz in der Medizin, am Arbeitsplatz und im Alltag. Im Mittelpunkt standen Diskussionen über die vermehrte Durchführung von Hochdosis-Computertomografien in der Früherkennung, aktuelle Ergebnisse zur Belastung durch Radon in Wohnräumen und das erhöhte Hautkrebsrisiko durch die Nutzung künstlicher Ultraviolett-Bestrahlung in Solarien.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/38161.php

Medizinische Strahlenbelastung reduzieren

Die Anwendung ionisierender Strahlung und radioaktiver Stoffe in der medizinischen Diagnostik verursacht den größten Teil der künstlich erzeugten Strahlenbelastung der Bevölkerung in Deutschland. Um die Strahlenbelastung auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren, hat die Strahlenschutzkommission (SSK) auf Veranlassung des Bundesumweltministeriums eine "Orientierungshilfe für radiologische und nuklearmedizinische Untersuchungen" für überweisende Ärzte veröffentlicht. Sie soll dabei helfen, das bestgeeignete diagnostische Verfahren auszuwählen. Die Leitlinien sind in der Schriftenreihe "Berichte der SSK", Heft 51 (2006), erschienen und können im Internet eingesehen werden.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/37826.php

<http://www.ssk.de/kriterien/kapitel.html>

Einzelne Lebensmittel aus Asien sind unzulässig bestrahlt

Um die Haltbarkeit von Lebensmitteln zu erhöhen oder gesundheitsschädliche Mikroorganismen in Lebensmitteln abzutöten, besteht die Möglichkeit, Obst, Gemüse, Getreide, Fleisch und Fisch zu bestrahlen. Nach Kontrollen der Untersuchungsbehörden der Bundesländer waren rund vier Prozent der in Deutschland im Jahr 2005 auf Bestrahlung untersuchten Lebensmittel zu beanstanden. Das teilte

das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) mit. Bei einem Großteil dieser Lebensmittel war die Bestrahlung nicht ordnungsgemäß gekennzeichnet oder die Lebensmittel waren nicht für Behandlung durch Bestrahlung zugelassen. Unzulässig bestrahlt waren vor allem Produkte aus dem asiatischen Raum sowie Nahrungsergänzungsmittel aus Deutschland und der Schweiz.

http://www.bvl.bund.de/cln_007/nn_491658/DE/08_PresseInfothek/01_InfosFuerPresse/01_PI_und_HGI/BVL/berichterstattung_Bestrahlung.html

http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/irradiation/index_de.htm

Fleisch, Milch und Eier kaum mit kritischen Rückstandsmengen belastet

Lebensmittel tierischen Ursprungs sind nur wenig mit Rückständen von Tierarzneimitteln sowie hormonell oder antibakteriell wirksamen Substanzen, wie Nandrolon oder Chloramphenicol, belastet. Zu diesem Ergebnis kommt das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL). Im Jahr 2005 wies nur jede 500te untersuchte Probe tierischer Herkunft Rückstandsgehalte oberhalb der gesetzlichen Normen auf. Die im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplans von den Bundesländern erhobenen Daten wertet das BVL aus und stellt sie für die Berichterstattung an die Europäische Kommission zusammen.

http://www.bvl.bund.de/cln_007/nn_491658/DE/08_PresseInfothek/01_InfosFuerPresse/01_PI_und_HGI/Rueckstaende/NRKP_2005.html

Überdurchschnittlich viele Störfälle im Jahr 2004 registriert

Die Zentrale Melde- und Auswertestelle für Störfälle (ZEMA) am Umweltbundesamt verzeichnete im Jahr 2004 insgesamt 31 Störfälle - knapp die Hälfte davon im Bereich der chemischen Industrie. Das ist rund ein Fünftel mehr als im Jahr zuvor. Die Störfälle gehen meist auf technische Fehler an Anlagen zurück, gefolgt von chemischen Reaktionen und menschlichem Versagen. Eine bessere Wartung der Anlagen und intensivere Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten die Zahl der Störfälle und die damit verbundenen Personen- sowie Sachschäden deutlich verringern. Der neue ZEMA-Jahresbericht 2004 steht im Internet zum Herunterladen bereit.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-067.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/zema/download.html>

Deutschland muss sich auf den Klimawandel einstellen

Auf Einladung des Umweltbundesamtes (UBA) diskutierten am 17. Oktober 2006 in Berlin etwa 200 Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung über Klimafolgen und die Anpassung an Klimaänderungen. Bundesumweltminister Siegmund Gabriel gab auf der Veranstaltung zusammen mit UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge den Startschuss für das neue "Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass)" im UBA. KomPass soll Fachwissen vernetzen und Entscheidungsträger in Unternehmen und Verwaltung sowie die Öffentlichkeit informieren. Das UBA hat zudem ein Hintergrundpapier "Anpassung an Klimaänderungen in Deutschland" erstellt, das im Internet zur Verfügung steht.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-064.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/klimaschutz>

Feinstaubreduzierung bei Kleinf Feuerungsanlagen - Projektvorschläge gesucht

Holzheizungen sollen in Zukunft weniger Feinstaub verursachen. Um die Technik dahingehend weiter zu entwickeln, will das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) verstärkt Projekte fördern. Vor allem von Innovationen im Bereich der Feuerungstechnik und der Abgasreinigung erhofft sich das Ministerium Erfolg. Unternehmen und Forschungseinrichtungen sind aufgerufen, Vorschläge bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) e.V., dem Projektträger des BMELV, einzureichen. Weitere Informationen stehen im Internet bereit.

<http://idw-online.de/pages/de/news180818>
www.fnr.de (Projektförderung/Förderschwerpunkte)

"Dicke Luft im Klassenraum" - Feinstaub in Schulen

Untersuchungen zur Belastung der Innenraumluft von Schulräumen zeigen, dass die Feinstaubbelastung in Klassenräumen deutlich höher sein kann als in der Außenluft und gesundheitliche Beeinträchtigungen die Folge sein können. Die Bremer Gesundheitsbehörde gibt in einer "Empfehlung zur Luftqualität in Innenräumen - Feinstaub" praktische Tipps zum richtigen Lüften und Reinigen. Die Ratschläge zur Verminderung der Feinstaubbelastung richten sich vor allem an die Träger und Betreiber von Schulen. Die Bremer Empfehlung enthält Auszüge aus dem "Leitfaden für die Innenraumlufthygiene in Schulgebäuden", den das Umweltbundesamt im Jahr 2000 herausgegeben hat.

<http://www.gesundheit-in-bremen.de/aktuelles.html>
<http://www.apug.de/kinder/projekte/innenraumlufthygiene.htm>

Hamburg: Kinder vor Kippen schützen

In Hamburg ist Erzieherinnen, Erziehern, Eltern und Besuchern das Rauchen in Kindertagesstätten oder auf dem Außengelände von Kindertagesstätten verboten. Die neuen Richtlinien für Kindertageseinrichtungen gelten seit Anfang September 2006. Die Maßnahme zum Nichtraucherschutz entspricht dem Ziel des Senats, eine drogenfreie Kindheit und Jugend zu gewährleisten. Mit dem Rauchverbot in Kitas und auf Kita-Grundstücken folgt Hamburg Untersuchungsergebnissen, die die gesundheitliche Gefährdung durch Passivrauchen belegen und das Rauchen als Mitverursacher der Feinstaubbelastung beschreiben.

<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemeldungen/2006/september/18/2006-09-18-kita-nichtraucherschutz.html>

--- zurück ---

2) FORSCHUNGSBERICHTE

"Elektrosensibilität": ein rein psychologischer Effekt?

Immer wieder klagen Menschen über gesundheitliche Probleme, die sie auf elektromagnetische Felder zurückführen. Diese so genannten "Elektrosensiblen" begründen ihre Beschwerden mit einer zu hohen Belastung durch "Elektrosmog". Eine experimentelle Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) kommt zu dem Ergebnis, dass sich das Phänomen der "elektromagnetischen Hypersensibilität" nicht auf eine nachweisbare, biologisch

begründete Empfindlichkeit gegenüber alltagsüblichen elektromagnetischen Feldern zurückführen lässt. Eine Zusammenfassung der Studienergebnisse kann aus dem Internet heruntergeladen werden. Der Abschlussbericht ist in Vorbereitung.

http://www.baua.de/nr_40410/de/Presse/Pressemitteilungen/2006/11/67_06_20vom_2022_20November_202006.html

Studie über die Information der Bevölkerung im Bereich Mobilfunk

Über die möglichen gesundheitlichen Gefahren der vom Mobilfunk erzeugten elektromagnetischen Felder (EMF) existieren zahlreiche Untersuchungen mit teils widersprüchlichen Ergebnissen. Informationen, die die Bevölkerung über mögliche Gesundheitsrisiken erreichen, sind ebenfalls nicht eindeutig. Wie sich dies auf die Risikowahrnehmung in der Bevölkerung auswirkt, untersuchten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem Forschungsprojekt. Die empirischen Ergebnisse machen vor allem die Notwendigkeit einer Differenzierung nach Zielgruppen in der Risikokommunikation deutlich. Akteure aus dem Bereich Mobilfunk können den entwickelten Handlungsleitfaden für eine Verbesserung der Risikokommunikation nutzen.

http://www.bmu.de/strahlenschutz/schriftenreihe_reaktorsicherheit_strahlenschutz/doc/38170.php

Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk - Aktueller Stand der Diskussion

Vom 11. bis 13. September 2006 fand in Leipzig die 51. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie statt. In einer interdisziplinären Sitzung griffen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Thema "Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk - Aktueller Stand der Diskussion" auf. Ergebnis: Nach derzeitigem Wissensstand gibt es keine belastbaren Hinweise auf gesundheitliche Effekte. Eine endgültige Risikobewertung ist aber erst nach Abschluss noch laufender Mobilfunkforschungsprojekte möglich. Dazu zählt in erster Linie das deutsche Mobilfunkforschungsprogramm DMF mit fast 52 Projekten.

<http://www.gmds2006.de/Programm/Wissenschaft.html#Mittwoch>

(Sitzung Mi B4 - Tagungsabstracts)

<http://www.emf-forschungsprogramm.de/forschung/epidemiologie>

Ergebnisse der weltweit größten Uranbergarbeiterstudie veröffentlicht

Die Ergebnisse einer neuen Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) zum Lungenkrebsrisiko bei Uranbergarbeitern in Deutschland zeigen, dass Uranbergarbeiter das Risiko, an Lungenkrebs zu sterben, länger in sich tragen als bisher vermutet. Von den 59.000 in der Studie erfassten Bergarbeitern ist zu erwarten, dass über 7.000 an Lungenkrebs sterben werden. Bisherige Studien führten zu der Annahme, dass das Risiko mit zunehmender Zeit nach der Exposition deutlich abnimmt. Vor dem Hintergrund des Ausbaus des Uranerzbergbaus, vor allem in Australien und in Afrika, sind die Ergebnisse der BfS-Studie für den Strahlenschutz besonders wichtig.

<http://www.bfs.de/bfs/presse/pr06/pr0617.html>

Umweltbedingte Kontaktallergien

Kontaktallergien sind durch bestimmte Stoffe aus der Umwelt verursachte Erkrankungen. Sie manifestieren sich meist als allergisches Kontaktekzem. Die wichtigsten Allergene sind Nickel - etwa aus Schmuck -, Duftstoffe sowie verschiedene Biozide.

Substanzen, die früher nur im beruflichen Umfeld eine Rolle spielten, sind heute oft für die Allgemeinbevölkerung bedeutend. Die Veröffentlichung im Bundesgesundheitsblatt (August 2006, 49:796-803) informiert über die immunologischen Grundlagen, die Ausprägungsformen der Kontaktallergie sowie Kontaktallergene im beruflichen und privaten Umfeld.

<http://www.springerlink.com/content/1437-1588/>
(August 2006, Originalien und Übersichtsbeiträge)

Internationaler Kongress zu Umweltgefahren für Kinder

Auf der viertägigen Tagung "Zukünftige Kinderumwelt: soziale, physikalische und chemische Bedrohung", zu der die Kinderumwelt gGmbH der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin vom 20. bis 23.11.2006 in die Deutsche Bundesstiftung Umwelt nach Osnabrück eingeladen hatte, trafen sich etwa 50 Fachleute aus zahlreichen europäischen Ländern und den USA. Im Mittelpunkt standen - neben psychosozialen Aspekten - Gesundheitsgefahren durch kaum oder nur langsam abbaubare Substanzen wie Duftstoffe, Weichmacher und perfluorierte Tenside (PFT) sowie die Feinstaubbelastung im Innenraum und die Schimmelpilzbelastung.

http://www.dbu.de/123artikel26067_335.html

Innovative Umweltpolitik macht Sozialpolitik dauerhaft erfolgreich

Auf der Fachtagung "Umwelt und Gerechtigkeit", zu der das Bundesumweltministerium (BMU) gemeinsam mit dem Umweltbundesamt (UBA) am 30./31.10.06 nach Berlin eingeladen hatte, wurde der Beitrag der Umweltpolitik zur sozialen Integration diskutiert. Akteure aus Sozial- und Umweltpolitik erläuterten Zielallianzen und Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Sozialpolitik. Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat im Auftrag vom BMU und UBA das Thema "Ökologische Gerechtigkeit" untersucht. Die Forschungsberichte sind im Internet abrufbar.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-068.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/oekologische-gerechtigkeit.htm>

Englische Ausgabe von "Daten zur Umwelt 2005" erschienen

Die Reihe "Daten zur Umwelt" des Umweltbundesamtes informiert alle vier Jahre umfassend über den Zustand der Umwelt in Deutschland. Der Bericht aus dem Jahr 2005 enthält folgende Themenschwerpunkte: "Klima", "Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität", "Umweltmedien und Ökosysteme" und "Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und Bewirtschaftung von Abfällen". "Daten zu Umwelt 2005" liegt nun auch in englischer Sprache vor. Die deutsche und die englische Fassung können beim UBA bestellt oder aus dem Internet heruntergeladen werden.

<http://www.umweltbundesamt.de/umweltdaten/index.htm>

http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3101

Auswirkungen von Feinstaub und Verkehrsbelastungen auf die Gesundheit von Frauen

Die Ergebnisse von zwei Studien zum Einfluss von Umweltbelastungen auf den Gesundheitszustand bei 4.800 Frauen aus Nordrhein-Westfalen (NRW) stützen die Annahme, dass die Belastung durch Feinstaub die Sterblichkeit erhöhen und zu einem gehäuftem Auftreten von Atemwegserkrankungen führen kann. Bei Frauen im Alter von 50 bis 59

Jahren, die innerhalb von 50 Metern Entfernung zu viel befahrenen Straßen mit entsprechend hoher Feinstaubbelastung wohnen, wurde eine erhöhte Sterblichkeit an kardiopulmonalen Erkrankungen festgestellt. Die Studienergebnisse wurden nun in internationalen Zeitschriften der Fachöffentlichkeit präsentiert.

<http://www.gsf.de/neu/Aktuelles/Presse/2006/wichmann-declaration.php>

Dokumentation des Workshops "Verkehrsbedingte Feinstäube in der Stadt", 2005 in Leipzig

Um den Stand der Forschung zu verkehrsbedingten Feinstäuben zu diskutieren, führten das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle, das Leibniz-Institut für Troposphärenforschung sowie das Umweltbundesamt am 14./15.02.2005 in Leipzig gemeinsam einen Experten-Workshop durch. Die Workshopbeiträge orientierten sich an den drei Themenkomplexen "Gesundheitliche Folgen", "Messung und Modellierung" sowie "Maßnahmen zur Reduzierung der Immissionsbelastungen". Der Workshopband ist im Juli 2006 in der UBA-Schriftenreihe "Texte", Nr. 18/06, erschienen und kann aus dem Internet heruntergeladen werden.

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3067.pdf>

APUG-Projekt zur nachhaltigen Mobilitätserziehung

Der motorisierte Straßenverkehr belastet Umwelt und Gesundheit in vielfältiger Weise. Abgase, Lärm, Unfallgefahren und Bewegungsmangel sind die bekanntesten Umwelt- und Gesundheitsbelastungen.

Erfahrungen im Kindesalter prägen das Mobilitätsverhalten jedes Einzelnen. Im Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) wurde ein Projekt zur nachhaltigen Mobilitätserziehung durchgeführt. Ein Beratungskonzept wurde an zehn Schulen beispielhaft umgesetzt. Der Abschlussbericht und ein Beratungsleitfaden mit Unterrichts- und Projektideen stehen nun im Internet zum Herunterladen bereit.

<http://www.apug.de/kinder/projekte/mobilitaetserziehung.htm>

Münchener APUG: Abschlussberichte liegen vor

Im Jahr 1999 startete das Münchener Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG München). In den Münchener Stadtbezirken Berg am Laim und Ramersdorf wurden seitdem zahlreiche Aktivitäten und Modellprojekte zur Förderung gesunder Wohnbedingungen und eines gesunden Wohnumfeldes für Kinder und Jugendliche durchgeführt. Die Abschlussberichte zu den APUG-Projekten liegen nun vor und stehen im Internet zum Herunterladen zur Verfügung.

<http://www.muenchen.de/apug>

[---](#) zurück [---](#)

3) INTERNATIONALES

WHO-Handbuch: "Kinder vor Gefahren schützen"

In der Broschüre informiert die WHO über die Ziele und Inhalte des "Aktionsplans zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region" der WHO Europa (CEHAPE): Wo liegen die Gefahren für Kinder und was kann zur Reduzierung schädlicher Umwelteinflüsse getan werden? Es werden u.a. Fallstudien aus den beteiligten Ländern vorgestellt und weiterführende Informationsquellen angegeben. Das Handbuch liegt nun auch in deutscher Sprache vor. Die englische und deutsche Fassung können aus dem Internet heruntergeladen werden.

http://www.euro.who.int/eehc/news/20060224_1?language=German
(englisch)

WHO-Bericht: "Health, Hazards and Public Debate"

Ausgangspunkt des WHO-Berichts ist die unbefriedigende Risikokommunikation im Zusammenhang mit BSE. Die Öffentlichkeit erreichten erst Informationen über die möglichen Risiken, nachdem politische Entscheidungen bereits getroffen waren. Der Bericht stellt die Ergebnisse einer internationalen Studie über Kommunikationsstrategien verschiedener Akteure und Reaktionen der Öffentlichkeit aus vier europäischen Ländern zu den Themen BSE und Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung vor. Anhand konkreter Beispiele werden zudem praktische Empfehlungen gegeben, wie die Öffentlichkeit frühzeitig in Debatten über gesundheitliche Risiken einbezogen werden kann.

<http://www.who.int/bookorders/anglais/detart1.jsp?sesslan=1&codlan=1&codcol=34&codcch=53> (englisch)

WHO fordert weltweite Verbesserung der Luftqualität

Gegenwärtig ruft die WHO alle Regierungen weltweit dazu auf, die Außenluftqualität in den Städten und damit auch die menschliche Gesundheit zu verbessern. Der Aufruf orientiert sich an den 2006 neu überarbeiteten Luftqualitäts-Leitlinien, die eine erhebliche Senkung der Luftschadstoffe Feinstaub, Ozon, Stickstoffdioxid und Schwefeldioxid fordern. Laut WHO könnte allein die Verringerung der Feinstaubbelastung von 70 auf 20 Mikrogramm pro Kubikmeter dazu führen, die Todesrate in belasteten Städten um jährlich 15 Prozent zu senken.

<http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2006/pr52/en/index.html>
(englisch)

http://www.who.int/phe/health_topics/outdoorair_agq/en/index.html
(englisch)

"Urban Ecosystem Europe Report"

Der "Urban Ecosystem Europe Report" des Forschungsinstituts "Ambiente Italia" vergleicht die Qualität der städtischen Umwelt in 26 Städten aus 13 europäischen Ländern miteinander und zeigt lokale Problemlösungsstrategien auf. Daten wurden u.a. in den Bereichen Feinstaubbelastung und Stickstoffdioxidkonzentration sowie zum Zugang zu öffentlichen Grünanlagen, zum Ausbau des Fahrradwegenetzes und zu Energiesparmaßnahmen erhoben. Die ausgewählten Indikatoren zur Erfassung der Umweltsituation orientieren sich an verschiedenen europäischen Indikatorensystemen, wie Urban Audit, ECI, TISSUE und STATUS.

http://www.ambienteitalia.it/chisiamo_eng/aboutus.htm (englisch)

--- zurück ---

4) BROSCHÜREN UND INFORMATIONSMATERIALIEN

Der neue UMID ist erschienen

Themen der Ausgabe 3/2006 des UmweltMedizinischen InformationsDienstes (UMID) des Umweltbundesamtes sind unter anderem: Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS) und Kinder-Umwelt-Survey (KUS), ultrafeine Aerosole aus Spraydosen und Schwierigkeiten bei der Bekämpfung von

Ratten in der Kanalisation. Ein weiterer Artikel befasst sich mit der radioaktiven Kontamination von Speisepilzen, bei welchen auch 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl immer noch teils beachtliche Aktivitätsdosen festgestellt werden.

<http://www.umweltbundesamt.de/umid/index.htm>

<http://www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid0306.pdf>

Luftqualität und Gesundheit: Leitfaden nennt Ansprechpartner in ganz Europa

Im neuen Leitfaden "Inventory of Air Quality and Health Authorities and Institutions in the WHO European Region" des WHO-Kooperationszentrums zur Überwachung der Luftqualität und Bekämpfung der Luftverschmutzung beim Umweltbundesamt sind wichtige Kontaktinformationen zum Thema Luftqualität und Gesundheit zusammengestellt. Der Leitfaden liefert Adressen, Telefon- und Faxnummern zu den wichtigsten nationalen Umwelt- und Gesundheitseinrichtungen aller 53 europäischen WHO-Mitgliedstaaten. Der als "WHO-Air Hygiene Report Nr.16" erschienene Bericht schließt damit eine Informationslücke. Er ist kostenlos beim Umweltbundesamt erhältlich und steht im Internet zum Herunterladen bereit.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-069.htm>

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse-e/2006/pe06-069.htm>

(englisch)

<http://www.umweltbundesamt.de/whocc/titel/titel21.htm> (englisch)

<http://www.umweltbundesamt.de/whocc/archiv/AHR16end.pdf> (englisch)

--- zurück ---

5) INTERNETSEITEN

"Spazieren gehen in Deutschland" - 100 Spaziergänge aus allen Bundesländern

Auf der Internetseite www.die-praevention.de des Bundesministeriums für Gesundheit finden Bürgerinnen und Bürgern mittlerweile 100 literarische Spaziergänge, Erlebnis- und Klimawanderungen sowie historische Streifzüge. Über ein Online-Formular können Interessierte ihre Lieblingsspaziergänge ins Internet stellen. An der Aktion beteiligen sich bereits zahlreiche Städte, Tourismuszentralen, Wanderverbände und Privatpersonen. Die Aktion "Spazieren gehen in Deutschland" will die Menschen im Rahmen der bundesweiten Kampagne "Bewegung und Gesundheit" zu mehr Bewegung im Alltag motivieren.

http://www.bmg.bund.de/cln_041/nn_669418/DE/Presse/Pressemitteilungenn/Archiv/Presse-3-2006/pm-8-9-06,param=.html

www.die-praevention.de

--- zurück ---

6) TERMINE / VERANSTALTUNGEN

3. Präventionskongress des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung, 23. Januar 2007, Berlin

"Bewegung im Alltag - wo Menschen leben und arbeiten" lautet das Motto des 3. Kongresses des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung, der am 23. Januar 2007 in Berlin stattfindet.

In drei parallelen Foren zu den Themen "Kinder und Jugendliche", "Stadtteil/Kommune" und "Betrieb" präsentieren Institutionen innovative Projekte zur Bewegungsförderung. Die Teilnahme an der Veranstaltung des Bundesministeriums für Gesundheit ist kostenlos. Interessierte können sich bis zum 15. Januar 2007 über das Internet anmelden.

www.forumpraevention.de

1. Zukunftsforum "Umweltgerechtigkeit", 01. Februar 2006, Bad Honnef

Die eintägige Fachtagung des Katholisch-Sozialen Instituts in Bad Honnef geht den Zusammenhängen zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit nach. Lässt sich die Kategorie der Gerechtigkeit auf das Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt übertragen? Welche Rückwirkungen haben Umweltbelastungen auf Verteilungsfragen? Die Veranstaltung richtet sich an Personen aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis. Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt im Rahmen des APUG NRW das Zukunftsforum. Weitere Informationen sind im Internet verfügbar.

<http://www.ksi.de/> (Kalendarium)

Fortbildungsveranstaltung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, 19. bis 21. März 2007, Berlin

Auf der dreitägigen Fortbildungsveranstaltung können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Gesundheitsdienstes über gesundheitsbezogene Themen aus den Bereichen Verbraucherschutz, Umwelt und Gesundheit sowie dem Gesundheits- und Infektionsschutz informieren. Die Teilnahme an der jährlich stattfindenden Veranstaltung ist kostenlos. Anmeldeschluss ist der 16. Februar 2007. Ausrichter der Fortbildung sind das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das Robert Koch-Institut und das Umweltbundesamt (UBA).

<http://www.bfr.bund.de/cd/3861>

[---](#) zurück [---](#)

7) IMPRESSUM

Hrsg.:

APUG-Geschäftsstelle

Umweltbundesamt

Postfach 14 06

06813 Dessau

apug@uba.de

Redaktion:

Christiane Bunge

Diese Nachricht erhalten Sie aufgrund Ihres Eintrags in unseren Verteiler. Wenn Sie diese Dienstleitung nicht mehr in Anspruch nehmen möchten oder sich Ihre eMail-Adresse geändert hat, klicken Sie bitte auf

<http://www.apug.de/newsletter/index.htm>. Dort können Sie den Newsletter abbestellen oder uns Ihre neue Adresse mitteilen.

Hinweis: Unter <http://www.apug.de/newsletter/index.htm> stehen Ihnen der aktuelle APUG-Newsletter sowie die bereits erschienenen Ausgaben als PDF-Dokument zum Herunterladen zur Verfügung.

[--- zum Dokumentanfang ---](#)